

Die Kommission wird das Jahr-2000-Problem und dessen Auswirkungen bei all ihren einschlägigen Kontakten mit der Industrie und den Mitgliedstaaten zur Sprache bringen. Besondere Aufmerksamkeit soll den Auswirkungen auf die Infrastruktursektoren und den entsprechenden Vorbereitungen der Branche gelten; des Weiteren werden die Auswirkungen auf die Verbraucher sowie auf kleine und mittlere Unternehmen behandelt, ferner die potentielle Auswirkung auf das Funktionieren des Binnenmarktes, einschließlich der Wirtschafts- und Währungsunion.

Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten wird die Kommission die Entwicklung überwachen, Informationen austauschen und gute fachliche Praxis vergleichen; sie wird dem Rat regelmäßig darüber berichten, welche Fortschritte die Gemeinschaft bei der Bewältigung des Jahr-2000-Problems und der damit zusammenhängenden Aufgaben erzielt hat.

Auch wird sie im Rahmen ihrer Politik in anderen Bereichen — beispielsweise Industrie, KMU, Verbraucher und Ausbildung — prüfen, ob ein weiterer Beitrag zur verstärkten Sensibilisierung für die mit dem Jahr 2000 zusammenhängenden Probleme und ihre Bewältigung geleistet werden kann.

Auch innerhalb der Kommission selbst befaßt man sich mit dem Jahr-2000-Problem: Die zentralen Aspekte regelt die Direktion Informatik, die einzelnen Generaldirektionen kümmern sich jeweils um ihre eigenen Informationssysteme.

Seit Mitte 1996 ist die Direktion Informatik fortlaufend bemüht, das Bewußtsein für das Jahr-2000-Problem innerhalb der Kommission zu schärfen. Anfang 1997 wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, die bei der Analyse der vorhandenen Probleme und der Erarbeitung von Lösungen hierfür helfen sollen. Ende 1997 wurde eine Kontaktgruppe geschaffen, die die Verbindung zwischen den Informatikdiensten der einzelnen Institutionen herstellt.

1997 wurden der Projektumfang bestimmt und die erforderlichen Ressourcen zugewiesen. 1998 wird das Jahr sein, in dem die Problemlösungen erarbeitet werden, 1999 ist dann die kritische Phase, in der diese Lösungen getestet und umgesetzt werden müssen. Das Jahr 2000-Projekt innerhalb der Kommission folgt einem stufenweisen Ansatz, der im privaten und im öffentlichen Sektor weitgehend benutzt wird, dazu gehören auch Risiko-Management-Maßnahmen.

Was den Kampf gegen die Ausbreitung neuer Viren anbelangt, so ergänzt die Kommission konstant ihre Antiviren-Software, die nach Virusattacken eingesetzt wird. Der Schutz vor Computerviren erfordert permanente Anstrengungen, um das Bewußtsein von IT-Fachleuten und -Nutzern zu schärfen. Erforderlich ist auch eine fortgesetzte Aktualisierung der Techniken, mit denen Computerviren entdeckt und beseitigt werden können. Innerhalb der Kommission führen das Sicherheitsbüro und die Direktion Informatik regelmäßige Sensibilisierungskampagnen durch; dabei arbeiten sie mit allen anderen Generaldirektionen zusammen. Die Antiviren-Software wird ständig weiterentwickelt und fortlaufend bewertet und aktualisiert. Die erforderlichen Leitlinien für die Nutzung werden für alle IT-Systeme entwickelt.

(¹) Dok. KOM(98) 102.

(98/C 304/44)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0114/98
von Anita Pollack (PSE) an die Kommission
(30. Januar 1998)

Betrifft: Städtepolitik

Welche Pläne hat die Kommission bis jetzt für das im November 1998 geplante Städteforum gemacht? Stehen Zeitpunkt, Ort und Teilnehmerliste bereits fest? Wird das Europäische Parlament eingeladen daran teilnehmen?

Antwort von Frau Wulf-Mathies im Namen der Kommission
(26. Februar 1998)

Das Städteforum soll von der Kommission mit Unterstützung der Stadt Wien am 26. und 27. November 1998 in Wien veranstaltet werden. Die Teilnehmerliste wird in Kürze festgelegt. Die Kommission hofft, das Parlament als wichtigen Teilnehmer begrüßen zu dürfen.